

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Protokoll

Sitzung des Bauausschusses

Sitzung: Dienstag, 05.12.2017

Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 19:34 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Thorsten Köster - CDU

Mitglieder

Frau Lisa-Marie Jalyschko - B90/GRÜNE

Herr Nils Bader - SPD

Frau Annette Johannes - SPD

Herr Uwe Jordan - SPD

Frau Antje Keller - CDU

Herr Detlef Kühn - SPD

Herr Reinhard Manlik - CDU

Herr Peter Rosenbaum - BIBS

Herr Gunnar Scherf - AfD

Herr Udo Sommerfeld - DIE LINKE.

weitere Mitglieder

Herr Maximilian Hahn - Die Fraktion P2

Herr Carsten Lehmann - FDP

sachkundige Bürger

Herr Gerald Gaus - SPD

Frau Nadine Labitzke-Hermann - SPD

Herr Felix Nordheim - CDU

Herr Horst-Dieter Steinert - B90/GRÜNE

Herr Dr. Burkhard Wiegel - Behindertenbeirat Braunschweig

Herr Dieter Wichmann - Seniorenrat Braunschweig

Gäste

Herr Reinhold Lock - BSL Managementberatung GmbH
Herr Heinz Kaiser - für den Behindertenbeirat Braunschweig
Frau Katharina Fauteck - Stadtentwässerung Braunschweig
SE|BS
Frau Monika Andersson - Seniorenrat Braunschweig

Verwaltung

Herr Heinz-Georg Leuer - Dez. III
Herr Claus Ruppert - Dez. II
Herr Christian Geiger - Dez. VII
Herr Wilhelm Eckermann - stv. FBL 65
Herr Klaus Benscheidt - FBL 66
Herr Henning Sack - FBL 10
Herr Markus Schlimme - FBL 20
Frau Bianca Winter - RefL 0600

Protokollführung

Frau Tanja Hellemann - Ref. 0600

Abwesend

sachkundige Bürger

| | |
|------------------------------|--------------|
| Herr Michael Gröger - AfD | entschuldigt |
| Herr Maximilian Pohler - CDU | entschuldigt |

Verwaltung

| | |
|-----------------------------------|--------------|
| Frau Michaela Springhorn - FBL 65 | entschuldigt |
|-----------------------------------|--------------|

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 24.10.2017
(öffentlicher Teil)
- 3 Mitteilungen
 - 3.1 Sachstand zur Organisationsuntersuchung des Fachbereichs Hochbau und Gebäudemanagement
Bericht der Beratungsfirma BSL
 - 3.1.1 Organisationsuntersuchung der Grundstücks- und Gebäudewirtschaft 17-05963
 - 3.2 Instandhaltungsmaßnahmen Rathaus-Neubau 17-05825
 - 3.3 Gebührenvergleich Abfallwirtschaft 17-05871
 - 3.4 Planungsstand für die Durchführung der Kanalerneuerung "Rebenring West" 17-05895
 - 3.5 Sitzungstermine des Bauausschusses im Jahr 2018 17-05942
- 4 Anträge
 - 4.1 Grüne Welle auf dem Ring 17-05918
 - 4.1.1 Grüne Welle auf dem Ring 17-05918-01
 - 4.2 Barrierefreiheit Haupteingang Rathaus-Altbau und Gesundheitsamt 17-05485
- 5 Haushalt 2018 / Investitionsprogramm 2017-2021 17-05897
- 6 Projekt Sanierung Stadthalle 17-05842
 - 6.1 Projekt Sanierung Stadthalle 17-05842-01
- 7 Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Art und Umfang der Straßenreinigung in der Stadt Braunschweig (Straßenreinigungsverordnung) 17-05113
- 8 Neufassung der Gebührenordnung für das Parken auf gebührenpflichtigen Parkplätzen in der Stadt Braunschweig (ParkGO) 17-05512
 - 8.1 Neufassung der Gebührenordnung für das Parken auf gebührenpflichtigen Parkplätzen in der Stadt Braunschweig (ParkGO) 17-05512-01

| | | |
|--------|---|-------------|
| 9 | Grundschule Waggum, Sanierung und Erweiterung zum Ganztagsbetrieb, Ausweichquartier Claudiusstr. 1, 38110 Braunschweig Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss | 17-05835 |
| 10 | Stadt Braunschweig, Betrieb gewerblicher Art - Verpachtung Stadion - Eintracht Stadion, Hamburger Straße in Braunschweig Erweiterung und Erneuerung der Flutlichtanlage für den Erstligabetrieb Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss | 17-05840 |
| 11 | Kostenfeststellung Projekt "Neubau Hoheworthbrücke" | 17-05932 |
| 12 | GS Altmühlstraße, Altmühlstraße 21, 38120 Braunschweig Brandschutzmaßnahmen zur Herstellung baulicher Rettungswege Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss | 17-05220 |
| 13 | Anfragen | |
| 13.1 | Umgang mit neuem Baurecht | 17-05904 |
| 13.1.1 | Umgang mit neuem Baurecht | 17-05904-01 |
| 13.2 | Straßenbeleuchtung in Braunschweig | 17-05908 |
| 13.2.1 | Straßenbeleuchtung in Braunschweig | 17-05908-01 |
| 13.3 | Mündliche Anfragen | |

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Der Ausschuss-Vorsitzende Ratsherr Köster eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird Frau Hellermann als Geschäftsführerin des Bauausschusses verabschiedet. Ratsherr Köster dankt im Namen des Bauausschusses für die stets gute Zusammenarbeit und vorbildliche Ausschussbetreuung.

Die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit werden festgestellt.

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 24.10.2017 (öffentlicher Teil)

Das Protokoll (öffentlicher Teil) wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

11 / 0 / 0

3. Mitteilungen

3.1. Sachstand zur Organisationsuntersuchung des Fachbereichs Hochbau und Gebäudemanagement Bericht der Beratungsfirma BSL

3.1.1. Organisationsuntersuchung der Grundstücks- und Gebäudewirtschaft 17-05963

Ratsherr Köster begrüßt zu diesem TOP Herrn Stadtrat Ruppert, den Fachbereichsleiter Zentrale Dienste Herrn Sack sowie Herrn Lock von der BSL Managementberatung GmbH.

Stadtrat Ruppert führt einleitend zum laufenden Verfahren der Organisationsuntersuchung der Grundstücks- und Gebäudewirtschaft der Stadt Braunschweig aus.

Der künftige Personalbedarf werde zurzeit noch analysiert und abgestimmt; nach derzeitigem Stand werde von einer Größenordnung von 38 zusätzlichen Stellen ausgegangen. Die konkreten Zahlen werden zu den Gremienberatungen im Januar vorgelegt und noch in die Haushaltsberatungen eingebracht.

Herr Lock berichtet zu den Einzelheiten der Untersuchung und stellt den aktuellen Zwischenstand anhand einer Präsentation dar. Die Präsentation ist als Anlage beigelegt.

Stadtbaudirektor Leuer geht auf die geplanten organisatorischen Änderungen im Fachbereich Hochbau und Gebäudemanagement ein und stellt das vorgesehene neue Organigramm vor. Den Mitarbeitern sei dieses - neben dem regulären kontinuierlichen Informationsprozess - am vergangenen Freitag in einer gesonderten Veranstaltung vorgestellt worden; die Reaktionen seien gut und konstruktiv gewesen.

Ratsherr Köster dankt im Namen der CDU-Fraktion allen Beteiligten für die Durchführung und das Sich-Einlassen auf die Organisationsuntersuchung. In Bezug auf die Steigerung der

Investitionssummen seien die Voraussetzungen Finanzmittel, Personal und Auftragnehmer/Markt zu berücksichtigen.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Köster erläutert Stadtbaurat Leuer, dass die Problematik des "Flaschenhalses" durch die organisatorischen Veränderungen und den neuen Stellen-Zuschnitt einschließlich der Führungsstruktur vermieden werde.

Ratsherr Sommerfeld zeigt sich zufrieden mit den bisherigen Ergebnissen der Organisationsuntersuchung. Ziel sei eine Verbesserung des Fachbereichs Hochbau und Gebäudemanagement und diesen in die Lage zu versetzen, die an ihn gestellten Aufgaben gut erfüllen zu können. Er führt zu den Aufgabenzuwächsen, der Aufgabenvielfalt und den Personalüberlegungen der Vergangenheit aus.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Sommerfeld bestätigt Stadtrat Ruppert, dass die Verwaltung den ermittelten Personalbedarf im Rahmen der Ansatzveränderungen noch in die Haushaltsberatungen einbringen werde. Das Thema Stadthalle befindet sich mitten im laufenden Prozess und sei daher noch nicht berücksichtigt, werde zu gegebener Zeit jedoch in die Gesamtbetrachtung einbezogen.

Ratsherr Lehmann spricht die Problematik der Stellenbesetzung an. Qualifiziertes Fachpersonal sei auf dem Markt kaum verfügbar; insbesondere im Baubereich bestehe eine hohe Nachfrage.

Ratsherr Rosenbaum fragt nach der Rückführung und Wiedereingliederung des Fachbereichs Hochbau und Gebäudemanagement in die Gesamtverwaltung.

Ratsherr Kühn äußert Anerkennung für die im Rahmen der Organisationsuntersuchung geleistete Arbeit. Die Organisationsuntersuchung sei aus seiner Sicht der richtige Weg, das hohe Investitionsvolumen und die umfangreichen Haushaltsreste in den Griff zu bekommen. Er fragt nach der geplanten zeitlichen Umsetzung in Bezug auf den neuen organisatorischen Aufbau, die Personalbeschaffung und den Abbau der Haushaltsreste.

Ratsfrau Jalyschko dankt allen Beteiligten für die Organisationsuntersuchung und fragt nach dem weiteren Verfahren und zeitlichen Ablauf.

Stadtrat Ruppert bestätigt die Schwierigkeiten der Personalfindung sowie die begrenzten Kapazitäten des Marktes zur Abarbeitung der Aufträge. Eine detaillierte Umsetzungsplanung liege noch nicht vor, da sich der Gesamtprozess noch in der Entwicklung befände. Dies treffe ebenso auf die Rückführung der Sonderrechnung des Fachbereichs Hochbau und Gebäudemanagement bzw. dessen IT-mäßige Wiedereingliederung etc. zu. Vorrangig sei zunächst die Umsetzung der im Haushaltsplan abgebildeten politischen Aufträge. Der Gesamtprozess werde eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen und nach und nach erfolgen; es werde von kontinuierlich fortlaufenden Verbesserungen ausgegangen.

Stadtbaurat Leuer bekräftigt, dass es sich um einen sukzessiven Prozess handele, der alle Beteiligten auch weiterhin stark fordern werde. Insbesondere das Jahr 2018 werde eine Übergangszeit darstellen, in der die neuen Strukturen zu etablieren und Aufgaben und Projekte neu zuzuordnen bzw. ggf. noch teamübergreifend abzuwickeln seien.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

3.2. Instandhaltungsmaßnahmen Rathaus-Neubau

17-05825

Stadtbaurat Leuer erläutert die vorzunehmenden Instandhaltungsmaßnahmen.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Rosenbaum berichtet Herr Eckermann, dass der Stand der Dachbegrünung bei rund 80 % liege.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

Protokollnotiz: Bürgermitglied Nordheim verlässt um 16:21 Uhr die Sitzung.

3.3. Gebührenvergleich Abfallwirtschaft

17-05871

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**3.4. Planungsstand für die Durchführung der Kanalerneuerung
"Rebenring West"**

17-05895

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

3.5. Sitzungstermine des Bauausschusses im Jahr 2018

17-05942

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

4. Anträge

4.1. Grüne Welle auf dem Ring

17-05918

4.1.1. Grüne Welle auf dem Ring

17-05918-01

Ratsherr Scherf bringt den Antrag der AfD-Fraktion ein. Vor dem Hintergrund der schriftlich vorliegenden Stellungnahme der Verwaltung 17-05918-01 solle der Antrag wie folgt abgeändert werden:

„Die Verwaltung wird beauftragt, *im Rahmen der ständigen Koordinierung der Lichtsignalanlagen eine Optimierung zu prüfen und* die Grundlagen für die Einführung einer "Grünen Welle" auf dem Ring (Rebenring, Altewiekring, Hagenring etc.) sowie auf weiteren Hauptverkehrsstraßen in Braunschweig zu erarbeiten, und den zuständigen Fachausschüssen die Ergebnisse bis Ende 2018 vorzustellen.“

Stadtbaudirektor Leuer nimmt zu dem Antrag entsprechend der Stellungnahme 17-05918-01 Stellung und stellt insbesondere den kontinuierlich erfolgenden Koordinierungsprozess dar. Es handele sich um eine ständige Aufgabe der Verwaltung.

Ratsherr Sommerfeld weist auf das Schriftform-Erfordernis von Anträgen hin. Weiterhin sei nicht nur der motorisierte Individualverkehr zu betrachten; es liege eine Vielzahl von Verkehrsbeziehungen vor.

Der Antrag wird fraktionsübergreifend als entbehrlich angesehen.

Ratsherr Scherf erklärt für die AfD-Fraktion, dass der Antrag dennoch aufrechterhalten werde.

Ratsherr Köster bittet, zu einer der Sitzungen des Bauausschusses im Jahr 2018 die BELLIS GmbH einzuladen.

Die Stellungnahme 17-05918-01 wird zur Kenntnis genommen.

**Beschluss (Empfehlung an Verwaltungsausschuss und Rat;
geänderter Beschlussvorschlag):**

„Die Verwaltung wird beauftragt, *im Rahmen der ständigen Koordinierung der Lichtsignalanlagen eine Optimierung zu prüfen und* die Grundlagen für die Einführung einer "Grünen Welle" auf dem Ring (Rebenring, Altewiekring, Hagenring etc.) sowie auf weiteren Hauptverkehrsstraßen in Braunschweig zu erarbeiten, und den zuständigen Fachausschüssen die

Ergebnisse bis Ende 2018 vorzustellen.“

Abstimmungsergebnis:

1 / 10 / 0 (geändert abgelehnt)

4.2. Barrierefreiheit Haupteingang Rathaus-Altbau und Gesundheitsamt **17-05485**

Ratsherr Köster begrüßt zu diesem TOP den langjährigen Vorsitzenden des Behindertenbeirats Herrn Kaiser.

Ratsherr Sommerfeld bringt den Antrag der Fraktion Die Linke. ein.

Herr Eckermann stellt die bauliche Situation im Rathaus und im Gesundheitsamt sowie die in Abstimmung mit dem Behindertenbeirat in den vergangenen Jahren bereits erfolgten Maßnahmen dar. Für das Rathaus sei unter Berücksichtigung der Gebäudestruktur das Machbare an Barrierefreiheit erreicht worden, ggf. könnte die Beschilderung noch angepasst werden. Die Betrachtung der Barrierefreiheit des Gesundheitsamts solle im Rahmen der Gesamtansetzung des Objekts erfolgen.

Herr Dr. Wiegel bestätigt den Stand der Barrierefreiheit des Rathauses. Beim Gesundheitsamt werde von den erforderlichen Maßnahmen vordringlich die Umrüstung der Eingangstür angestrebt; hierfür könnten die noch vorhandenen Restmittel zum Rathaus verwendet werden. Für die Aufzugsanlage wäre die Einstellung von Mitteln in den Haushalt erforderlich. Die Gesamtansetzung des Gesundheitsamts solle nicht abgewartet werden, sondern einzelne Maßnahmen im kleineren Rahmen bereits jetzt umgesetzt werden.

Herr Kaiser führt zu den einzelnen im Rathaus umgesetzten Maßnahmen aus. Die Wegeführung sei gegeben, was noch fehle, sei eine sichtbare Kennzeichnung am Eingang des Rathauses mit der Überleitung zum Neubau. Das Tastmodell im Foyer müsse von den Pförtnerinnen tagsüber eingeschaltet werden. Die Umsetzung von Maßnahmen der Barrierefreiheit im Gesundheitsamt sollte zumindest in Teilen erfolgen. Entsprechende Mittel sollten in den Haushalt 2018 eingestellt werden.

Ratsherr Köster kündigt für die CDU-Fraktion einen Änderungsantrag an und bittet vor diesem Hintergrund, den Antrag zum Verwaltungsausschuss passieren zu lassen.

Der ebenfalls mit dem Antrag befasste Ausschuss für Soziales und Gesundheit habe diesen ebenfalls zum Verwaltungsausschuss passieren lassen. Weiterhin sei dort die Zurückverschiebung von Mitteln für das Gesundheitsamt auf 2018 beschlossen worden.

Ratsherr Sommerfeld bekräftigt die Notwendigkeit, einzelne Maßnahmen im Gesundheitsamt nunmehr in die Umsetzung zu bringen. Für das Rathaus seien die erforderlichen Maßnahmen erfolgt, ggf. sollte noch die Installation einer gut auffindbaren Sprach-Box o.ä. bereits vor der Rathaus-Treppe geprüft werden.

Stadtbaudirektor Leuer stimmt zu, dass eine Möglichkeit, sich mittels einer Klingel o.ä. gegenüber dem Pförtner bemerkbar zu machen und eine Unterstützungsleistung oder Hilfestellung anzufordern, sinnvoll wäre.

Herr Dr. Wiegel regt eine ausreichend große und beleuchtete Ausschilderung des Wegs zum Rathaus vom Bohlweg aus an.

Auf Wunsch des Ausschusses werden die Ausführungen der Verwaltung und des Behindertenbeirats für die weiteren Beratungen als schriftliche Stellungnahme vorgelegt.

Es besteht Einvernehmen, den Antrag zum Verwaltungsausschuss passieren zu lassen.

Beschluss (Empfehlung an Verwaltungsausschuss und Rat):

„Die Verwaltung wird gebeten, eine barrierefreie Zugangsmöglichkeit zum Rathaus-Altbau herzustellen und die Barrierefreiheit im Gesundheitsamt durch die Ertüchtigung des vorhandenen Fahrstuhles zu verbessern.“

Abstimmungsergebnis:

passiert

Protokollnotiz: Die Stellungnahme der Verwaltung liegt als Drs.-Nr. 17-05485-01 vor.

5. Haushalt 2018 / Investitionsprogramm 2017-2021**17-05897**

Die vorliegenden Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte sowie die Ansatzveränderungen des Ergebnis- und Finanzhaushalts werden umfassend beraten und verschiedene Fragen durch die Verwaltung beantwortet. Die einzelnen Abstimmungsergebnisse sind den listenmäßigen Zusammenstellungen zu entnehmen.

Protokollnotiz: Ratsherr Bader verlässt um 17:02 Uhr die Sitzung.

Anlage 1: Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksrätezu Nr. 1: Machbarkeitsstudie Unterführung Start- und Landebahn Flughafen

Ratsherr Rosenbaum beantragt, den Antrag vor dem Hintergrund der noch laufenden Abstimmungen der Fraktionen zum Gesamthaushalt passieren zu lassen.

Der Antrag wird passieren gelassen.

Protokollnotiz: Ratsherr Bader nimmt ab 17:05 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Anlage 2: Finanzhaushalt (inkl. IP) - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksrätezu Nr. 1: Grundschule Kralenriede / Machbarkeitsstudie Multifunktionsbau

Bürgermitglied Steinert bekräftigt den Bedarf für die Grundschule Kralenriede.

Stadtbaurat Leuer weist darauf hin, dass zunächst eine konkrete Bedarfsermittlung und ein entsprechendes Raumprogramm vorliegen müssten. Zuvor mache eine Machbarkeitsstudie keinen Sinn.

Ratsherr Kühn beantragt für die SPD-Fraktion, den vorliegenden Antrag sowie die Anträge unter Nr. 6 und 7 (Grundschule Kralenriede / Neubau Mehrzweckhalle) passieren zu lassen. Diesem wird gefolgt.

zu Nr. 2 und 3: IGS Volkmarode / Sporthalle

Ratsherr Rosenbaum bekräftigt den Bedarf für die IGS Volkmarode.

Ratsherr Köster verweist auf den seit 2013 vorliegenden Beschluss zum Raumprogramm für eine Zwei-Feld-Sporthalle. Die CDU-Fraktion werde den Anträgen zustimmen. Da der Bedarf für einen Multifunktionsraum in Schapen (Nr. 4 und 5) damit nicht mehr gegeben sei, werde die CDU-Fraktion die Anträge hierzu ablehnen.

Ratsherr Kühn beantragt für die SPD-Fraktion, die Anträge passieren zu lassen. Dies wird mehrheitlich abgelehnt.

zu Nr. 8 und 9: Kinder- und Jugendzentrum Watenbüttel / Neubau

Ratsherr Sommerfeld bittet zum tatsächlichen Bedarf um eine Stellungnahme der Verwaltung.

Stadtbaurat Leuer und Herr Eckermann führen zum Raumprogramm aus. Die Einstellung entsprechender Mittel in den Haushalt sei auch eine Frage der Prioritätenfestlegung.

Ratsherr Sommerfeld regt die Aufnahme einer mittelfristigen Finanzrate an.

zu Nr. 13: Kinder- und Jugendzentrum B58 / Sanierung und Erweiterung

Stadtbaudrat Leuer weist darauf hin, dass zwar ein entsprechendes Konzept der Jugendverwaltung, aber noch kein beschlossenes Raumprogramm vorliege. Die Kosten einer Entwurfsplanung würden sich in 6-stelliger Größenordnung bewegen. Eine konkretere Schätzung könnte zum Finanz- und Personalausschuss nachgereicht werden.

Der Antrag wird vor diesem Hintergrund passieren gelassen.

zu Nr. 15: Befestigter Untergrund zur Umsetzung Wertstoffcontainer im Bereich Feuerwehr/NEZ/Sternwarte

Ratsherr Sommerfeld bittet um Darlegung der tatsächlichen Notwendigkeit der Maßnahme. Stadtbaudrat Leuer und Herr Benscheidt erläutern, dass bei einer Finanzierung aus allgemeinen Globalmitteln eine Priorisierung erfolgen müsste.

Die Verwendung von Mitteln aus dem Stadtbezirksrat-Budget wird erörtert.

Protokollnotiz: Ratsfrau Keller verlässt um 17:26 Uhr die Sitzung.

zu Nr. 16: Installation Trink-/Schmutzwasseranschlüsse etc.

Wohnwagenaufstellplatz Madamenweg 94

Es liegt ein identischer Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Nr. 48 der Anlage 2) sowie eine Ansatzveränderung der Verwaltung (Nr. 30 der Anlage 4) vor.

Ratsherr Rosenbaum und Ratsfrau Johannes berichten über die im Ausschuss für Soziales und Gesundheit erzielte Antragseinigung. Danach solle die Ansatzveränderung der Verwaltung (26.400 €) um weitere 63.600 € auf insgesamt 90.000 € aufgestockt werden, um zusätzliche Maßnahmen durchführen zu können. Diese Mittel sollen mit einem Sperrvermerk versehen werden, bis die Verwaltung mit dem Runden Tisch Sinti einen Konsens über die Maßnahmen hergestellt hat.

Die Antragsänderung wird übernommen.

zu Nr. 17: Grundschule Klint / Anschaffung von Außenjalousien

Stadtbaudrat Leuer erklärt, dass im Fall eines akuten Bedarfs die Maßnahme aus allgemeinen Globalmitteln finanziert werden würde.

Protokollnotiz: Ratsfrau Keller nimmt ab 17:29 Uhr wieder an der Sitzung teil.

zu Nr. 25: Straße Am Nußberg / Sanierung

Ratsherr Jordan erläutert, dass es sich um den einzigen Zubringerweg zu den Kleingärten handele. Der Weg sei in einem schlechten Zustand.

Stadtbaudrat Leuer verweist auf die Unterordnung des Weges. Ggf. könnte die Thematik im Rahmen des Ringgleises aufgegriffen werden.

zu Nr. 28: Sanierung des Fußwegs im Bereich Ackerweg/Tiefe Straße

Ratsherr Kühn verweist auf die eigenen Instandhaltungsmittel des Stadtbezirksrats.

zu Nr. 29: Sanierung der Gehwege in der Weststadt

Ratsherr Sommerfeld fragt nach dem Globalprogramm und dem Anteil der Weststadt. Stadtbaudrat Leuer verweist auf die bezirklichen Mittel; eine Priorisierung einzelner Maßnahmen aus den Globalmitteln werde nicht für sinnvoll erachtet.

zu Nr. 32: Schaffung einer Querungshilfe Leipziger Straße/Bertha-von-Suttner-Straße

Stadtbaudrat Leuer erklärt, dass nach Auskunft der Polizei keine Gefahrenlage vorliege.

Protokollnotiz: Ratsherr Bader verlässt um 17:39 Uhr die Sitzung.

zu Nr. 39: Verbesserung der Beleuchtung der Eisenbahnunterführung Helmstedter Straße

Herr Benscheidt weist darauf hin, dass im Rahmen der laufenden Baumaßnahme durch die Installation einer hochwertigen LED-Beleuchtung bereits ein höheres Beleuchtungsniveau erreicht werde. Zusätzliche Kosten würden für den Fall der Umsetzung einer gestalterischen

Beleuchtung entstehen.

zu Nr. 43: Altstadtmarkt / Barrierefreier Umbau

Ratsherr Sommerfeld bringt den Antrag der Fraktion Die Linke. ein.

Stadtbaudirektor Leuer stellt die sehr hohe gestalterische Qualität des Platzes heraus. Zwar sei die Begehbarkeit tatsächlich Verbesserungswürdig, jedoch bestehe insbesondere auch vor dem Hintergrund des Stadtbahnausbaukonzepts kein sofortiger Handlungsbedarf im Sinne einer vorgezogenen Maßnahme. Ein derzeitiger Umbau des Altstadtmarktes erscheine in der Gesamtbetrachtung nicht angemessen.

Ratsherr Sommerfeld bittet, zumindest den Wetterschutz an den Haltestellen in Angriff zu nehmen.

Herr Dr. Wiegel nimmt Bezug auf die Anstrengungen zum barrierefreien ÖPNV und bekräftigt den Bedarf für die Gestaltung der Haltestellen Altstadtmarkt. Diese seien dringend in die Planung aufzunehmen.

Ratsfrau Jalyschko und Ratsherr Kühn erklären, dass der Aspekt Umbau der Haltestellen einschließlich Wetterschutz befürwortet werde; die beantragte Gesamtmaßnahme Altstadtmarkt werde jedoch nicht mitgetragen.

Ratsherr Rosenbaum regt in diesem Zusammenhang weitere Abstimmungsgespräche der Fraktionen bzgl. des barrierefreien Umbaus der Haltestellen und ein heutiges Passierenlassen des Antrags an.

Stadtbaudirektor Leuer und Herr Benscheidt stellen die Planungszeiträume und Zeitschienen dar. Um in das Förderprogramm aufgenommen werden zu können, müsse eine Antragstellung mit einer beschlossenen Planung bis jeweils Mai eines Jahres erfolgen. Realistisch hierfür wäre das Jahr 2019 für eine Umsetzung einschließlich Mittelbereitstellung in 2020.

Herr Dr. Wiegel appelliert an alle, sich in diesem Sinne des Themas anzunehmen.

Der Antrag wird passieren gelassen.

zu Nr. 46: Jugendplatz Biberweg, Ölper / Sanierung

Der Antrag wird zum Grünflächenausschuss passieren gelassen.

zu Nr. 47: Dach-, Fassaden-, Innenhof- und Vorgartenbegrünung / Förderprogramm

Ratsherr Köster bringt den Antrag der CDU-Fraktion ein.

Ratsherr Sommerfeld äußert Zweifel, dass eine Umsetzung realistisch sei; das Förderprogramm sollte zunächst analysiert werden.

Stadtbaudirektor Leuer verweist auf die Festsetzung von Dachbegrünungen in B-Plänen. Die hierüber verpflichteten Bauherren würden vermutlich auch das Förderprogramm in Anspruch nehmen; eine weitergehende Inanspruchnahme bleibe abzuwarten.

Ratsherr Sommerfeld äußert Kritik an dem antiquierten Verfahren der Haushaltslisten und -vordrucke. Dies trifft auf allgemeine Zustimmung.

Protokollnotiz: Ratsherr Kühn verlässt um 17:58 Uhr die Sitzung und nimmt ab 18:00 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Anlage 4: Finanzaushalt (inkl. IP) - Ansatzveränderungen der Verwaltung

zu Nr. 7 und 8: GS Lamme / Einrichtung Ganztagsbetrieb

Stadtbaudirektor Leuer erläutert die Ansatzveränderung der Verwaltung entsprechend des Raum-

programmbeschlusses.

zu Nr. 13: Berufsfeuerwehr / Neubauten

Ratsherr Sommerfeld fragt nach dem Grund für die Verschiebung der Teilfinanzrate für den Neubau des Führungs- und Lagezentrums.

Stadtbaudirektor Leuer erläutert, dass es sich um eine Anpassung an den Baufortschritt handele.

zu Nr. 15: Neubau des Feuerwehrgerätehauses Timmerlah

Auf Nachfrage von Ratsherrn Kühn erläutert Stadtbaudirektor Leuer, dass es bei der Planung im Jahr 2018 und dem Bau im Jahr 2019 bleibe.

Protokollnotiz: Bürgermitglied Gaus verlässt um 18:06 Uhr die Sitzung.

zu Nr. 21: Lessinggymnasium / Container

Ratsherr Sommerfeld thematisiert den Aspekt der auswärtigen Schüler.

zu Nr. 22: Kita Schölkestraße / Anbau

Auf Nachfrage von Ratsfrau Johannes erläutert Herr Eckermann, dass ein Anbau nunmehr flächenmäßig möglich sei, da das Nachbargrundstück aufgekauft werden konnte.

zu Nr. 24 bis 27: Zaunanlage Villa Salve Hospes

Auf Nachfrage von Ratsherrn Sommerfeld erläutert Herr Eckermann die vorgesehene Maßnahme und Finanzierung.

Anlage 5: Finanzunwirksame Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

zu FU 050: Vorsorgeorientierte Haushaltspolitik

durch konsequenteren Abbau des strukturellen Defizits

Ratsherr Köster bringt den Antrag der CDU-Fraktion ein.

Ratsherr Rosenbaum kritisiert den Antrag und nimmt Bezug auf die veränderte Einnahmesituation durch die erfolgten Privatisierungen.

Ratsherr Köster weist die von Ratsherrn Rosenbaum angeführten Punkte zurück, insbesondere sei keine Kürzung der freiwilligen Leistungen auf Null beabsichtigt. Einsparpotentiale durch Aufgabenkritik und Verwaltungsmodernisierung, z.B. auch im Bereich der Digitalisierung, sollten genutzt werden.

Ratsherr Kühn äußert für die SPD-Fraktion Ablehnung zu dem vorgeschlagenen Vorgehen.

Ratsherr Sommerfeld führt zum strukturellen Defizit aus. Die Fraktion Die Linke. verfolge eine andere Herangehensweise. Danach sei die Einnahmesituation zu verbessern und die Daseinsvorsorge auszuweiten.

zu FU 051: Nachhaltige Stadtentwicklung und Haushaltspolitik

Ratsfrau Jalyschko bringt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kontext des Antrags FU 050 der CDU-Fraktion ein.

Ratsherr Sommerfeld erklärt, dass das Festhalten an der Rasenmäher-Methode für das Jahr 2018 nicht stringent sei. Nichtsdestotrotz stelle der Vorschlag aber eine Verbesserung zum Haushaltsplan-Entwurf dar. Er werde sich daher enthalten. Im Hinblick auf die mittelfristige Finanzplanung sei der Antrag nicht finanzunwirksam.

Ratsherr Kühn beantragt für die SPD-Fraktion, den Antrag passieren zu lassen. Dies wird bei Stimmgleichheit abgelehnt.

Die Beantwortung der **Haushaltsanfragen** erfolgt zum Finanz- und Personalausschuss.

Beschluss (Empfehlung an Verwaltungsausschuss und Rat):

„1. Der Haushaltsplan 2018 wird dem Verwaltungsausschuss und dem Rat unter Berücksichtigung der in den Zuständigkeitsbereich des Bauausschusses fallenden Beschlüsse zu

- den Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Ergebnishaushalt (Anlage 1)
- den Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP) 2017-2021 (Anlage 2)
- den Ansatzveränderungen des Ergebnishaushalts (Anlage 3)
- den Ansatzveränderungen des Finanzhaushaltes (inkl. IP) 2017-2021 (Anlage 4)
- den finanzunwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte (Anlage 5)

zur Annahme empfohlen.

Die Anlagen sind Bestandteil dieses Beschlusses.

2. Der Haushaltsplan 2018 für die Sonderrechnung des Fachbereichs Hochbau und Gebäudemanagement, für die Sonderrechnung Stadtentwässerung und für die Sonderrechnung Abfallwirtschaft wird dem Verwaltungsausschuss und dem Rat unter Berücksichtigung der in den Zuständigkeitsbereich des Bauausschusses fallenden Beschlüsse zur Annahme empfohlen.“

Abstimmungsergebnis:

6 / 3 / 1

6. Projekt Sanierung Stadthalle

17-05842

Ratsherr Köster begrüßt zu diesem TOP Herrn Ersten Stadtrat Geiger sowie den Fachbereichsleiter Finanzen Herrn Schlimme.

Erster Stadtrat Geiger bringt die Vorlage einschließlich der Ergänzungsvorlagen ein und nimmt Bezug auf den im Vorfeld erfolgten Ortstermin und die Informationsveranstaltung sowie die Fragenkataloge der Fraktionen und des Stadtbezirksrats. Die finanziellen Aspekte seien im Finanz- und Personalausschuss am 30. November 2017 eingehend behandelt worden; des Weiteren werde am 12. Dezember 2017 noch eine Sondersitzung des Finanz- und Personalausschusses stattfinden.

Protokollnotiz: Ratsherr Manlik verlässt um 18:27 Uhr die Sitzung.

Stadtbaudirektor Leuer informiert zu der aktuellen Entwicklung, dass das Niedersächsische Landesamt für Denkmalpflege (NLD) beabsichtige, die Stadthalle einschließlich des Parkdecks als Denkmal auszuweisen. Die Stadt sei aufgefordert, bis Ende des Jahres hierzu eine Stellungnahme abzugeben. Wesentliche Veränderungen im Planungsprozess und vorgesehenen Zeitablauf seien zunächst nicht zu erwarten. Die funktionalen und betrieblichen Elemente, insbesondere die Technik-Erneuerung, seien unverändert umsetzbar. Die Fassade wäre ggf. zu erhalten bzw. in ähnlicher Art und Weise wiederherzustellen. Die Denkmaleigenschaft der Stadthalle an sich könne durchaus nachvollzogen werden; die des Parkdecks nicht. Entsprechend werde die Stadt gegenüber dem NLD Stellung nehmen. In die Sondersitzung des Finanz- und Personalausschusses werde eine Ergänzungsvorlage eingebracht.

Erster Stadtrat Geiger betont, dass es entscheidend sei, dass die vorgesehene Funktionalität sowohl des Gesamtgeländes als auch des Stadthallen-Gebäudes erhalten bleibe. Der Erhalt des bestehenden Parkdecks in seiner jetzigen Form würde den Planungen entgegenstehen; für das Gebäude sei in Bezug auf die umgestaltete Nutzung, z.B. bei den zusätzlichen Breakout-Räumen, ein Weg zu finden, wie das funktionale Ziel auch im Fall des Denkmalschut-

zes erreicht werden könne.

Stadtbaudirektor Leuer beantwortet verschiedene Fragen der Ausschussmitglieder zu den Auswirkungen des Denkmalschutzes im Kontext Abriss, Neubau, Sanierung und Modernisierung sowie den Folgen einer Ausweisung der Denkmaleigenschaft. Auch im Fall des Denkmalschutzes sei es weiterhin möglich, die Stadthalle auf den jeweils neuesten Stand der Technik anzupassen. Bei der Fassade wäre eine Orientierung am Bestand erforderlich. Das Projekt an sich sei weiterhin realisierbar. Letztentscheidende Instanz zur Denkmaleigenschaft sei das Niedersächsische Ministerium für Wissenschaft und Kultur als oberste Denkmalschutzbehörde. Die Denkmalausweisung würde als Verwaltungsakt mit Rechtsbehelfsmöglichkeit abgewickelt werden.

Ratsfrau Keller thematisiert einen heutigen Beschluss über die Vorlage und fragt, ob nicht die anstehenden Gespräche und Entscheidungen zum Denkmalschutz zunächst abgewartet werden sollten.

Stadtbaudirektor Leuer stellt den Planungs- und Genehmigungsprozess dar, der sich auch im Fall einer zugesprochenen Denkmaleigenschaft nicht wesentlich unterscheiden werde. Das Verfahren der denkmalrechtlichen Genehmigung (durch die untere Denkmalschutzbehörde, hier das städtische Referat Stadtbild und Denkmalpflege) erfolge parallel zum Baugenehmigungsverfahren. Ein Aufschub des Gremienbeschlusses sei aus seiner Sicht nicht erforderlich.

Protokollnotiz: Bürgermitglied Labitzke-Hermann verlässt um 18:45 Uhr die Sitzung.

Herr Schlimme weist darauf hin, dass das Planungsverfahren noch nicht begonnen habe. Ein evtl. Denkmalschutz könne in die Planungen und Genehmigungen integriert werden.

Erster Stadtrat Geiger empfiehlt in der Gesamtabwägung eine heutige Beschlussfassung wie vorgesehen.

Ratsherr Jordan fragt nach höheren Kosten im Zusammenhang mit einer Denkmaleigenschaft.

Herr Schlimme erläutert, dass bei der Fassade und den inneren Oberflächen bereits eine Bandbreite gewisser Qualitätsstandards in den Materialien zugrunde gelegt worden sei, so dass nach einer ersten Einschätzung die angesetzten Kosten voraussichtlich auskömmlich seien.

Ratsherr Sommerfeld kündigt einen Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. an.

Ratsherr Sommerfeld nimmt Bezug auf ähnliche Projekte vergleichbarer Größenordnung in Deutschland und fragt, warum im Fall der Stadthalle kein europaweiter Realisierungswettbewerb durchgeführt wurde.

Erster Stadtrat Geiger und Herr Schlimme verweisen auf die auf Basis der erfolgten eingehenden Ist-Analyse vorgenommene solide konzeptionelle Planung einschließlich Berücksichtigung entsprechender Bandbreiten. Mit der grundlegenden Sanierung der Gebäudetechnik, der funktionalen Analyse des künftigen Raumprogramms und der durchgeföhrten städtebaulichen Machbarkeitsstudie liege ein in sich stimmiges Konzept vor. Die entscheidenden konzeptionellen Vorarbeiten seien insofern auch ohne einen Wettbewerb gut erfolgt. Darüber hinaus werde der gestalterische Rahmen, insbesondere in Bezug auf die Gebäudehülle, im Fall des Denkmalschutzes durch diesen vorgegeben. Für einen zielführenden und angemessenen Wettbewerb verbleibe unter den engen Voraussetzungen Gebäudetechnik, Gebäudehülle und voraussichtlicher Denkmalschutz wenig Raum. Die erarbeitete Planung solle nunmehr auf den Markt gebracht und im Hinblick auf die Realisierung auch über diesen konkretisiert werden.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Sommerfeld nach Fördermöglichkeiten, speziell für die Sanie-

rung von Stadthallen, erläutert Herr Schlimme, dass diese zurzeit eruiert und ggf. auch entsprechend genutzt werden.

Ratsherr Köster lobt die gute Informationspolitik der Verwaltung zum Projekt Stadthalle.

Ratsherr Köster beantragt für die CDU-Fraktion vor dem Hintergrund der noch anstehenden Beteiligung der Basis sowie der neuen Entwicklung zum Denkmalschutz, die Vorlage einschließlich der betreffenden Ergänzungsvorlagen heute passieren zu lassen.
Diesem wird zugestimmt.

Beschluss (Empfehlung an Verwaltungsausschuss und Rat):

„Die Ausschreibung eines partnerschaftlichen Modells zur Sanierung der Stadthalle ist auf Basis der nachstehenden Begründung vorzubereiten. Eine Vergabeentscheidung erfolgt nur, wenn die erzielten Ausschreibungsergebnisse der dann im Rahmen einer Wirtschaftlichkeitsberechnung ermittelten Kosten der Eigenerledigung entsprechen oder günstiger sind.“

Abstimmungsergebnis:

passiert

6.1. Projekt Sanierung Stadthalle

17-05842-01

Zu den Beratungen siehe TOP 6.

Beschluss (Empfehlung an Verwaltungsausschuss und Rat):

„Die Ausschreibung eines partnerschaftlichen Modells (erweitertes TU-Modell) zur Sanierung der Stadthalle ist auf Basis der nachstehenden Begründung vorzubereiten. Eine Vergabeentscheidung erfolgt nur, wenn die erzielten Ausschreibungsergebnisse der dann im Rahmen einer Wirtschaftlichkeitsberechnung ermittelten Kosten der Eigenerledigung entsprechen oder günstiger sind.“

Abstimmungsergebnis:

passiert

7. Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Art und Umfang der Straßenreinigung in der Stadt Braunschweig (Straßenreinigungsverordnung)

17-05113

Beschluss (Empfehlung an Verwaltungsausschuss und Rat):

„Die als Anlage 1 beigefügte Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Art und Umfang der Straßenreinigung in der Stadt Braunschweig (Straßenreinigungsverordnung) wird beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:

9 / 0 / 0

8. Neufassung der Gebührenordnung für das Parken auf gebührenpflichtigen Parkplätzen in der Stadt Braunschweig (ParkGO)

17-05512

Beschluss (Empfehlung an Verwaltungsausschuss und Rat):

„Die als Anlage beigefügte Neufassung der Gebührenordnung für das Parken auf gebührenpflichtigen Parkplätzen in der Stadt Braunschweig (ParkGO) wird beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:

8 / 1 / 0 (beschlossen in der Fassung der Ergänzungsvorlage 17-05512-01)

8.1. Neufassung der Gebührenordnung für das Parken auf gebührenpflichtigen Parkplätzen in der Stadt Braunschweig (ParkGO)

17-05512-01

Beschluss (Empfehlung an Verwaltungsausschuss und Rat):

„Die als Anlage zur Beschlussvorlage 17-05512-01 beigefügte Neufassung der Gebührenordnung für das Parken auf gebührenpflichtigen Parkplätzen in der Stadt Braunschweig (ParkGO) wird beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:

8 / 1 / 0

**9. Grundschule Waggum, Sanierung und Erweiterung zum Ganztagsbetrieb, Ausweichquartier
Claudiusstr. 1, 38110 Braunschweig
Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss**

17-05835

Auf Nachfrage von Ratsfrau Keller erläutert Herr Eckermann, dass die beiden Bestandscontainer im Bereich vor der Sporthalle erhalten bleiben; die beiden Bestandscontainer auf dem Schulhof befinden sich im Rahmen des Baufelds und werden ersetzt.

Beschluss:

„Dem o. a. Vorhaben der Errichtung eines Ausweichquartiers an der Grundschule Waggum als Teil der Gesamtmaßnahme Sanierung und Erweiterung der Grundschule Waggum wird gemäß den Plänen vom 11.10.2017 zugestimmt.“

Die Gesamtkosten dieser Teilbaumaßnahme werden auf Grundlage der Kostenberechnung vom 02.11.2017 auf insgesamt 747.000 € einschließlich der Eigenleistung des Fachbereichs Hochbau und Gebäudemanagement und eines Zuschlags für Unvorhergesehenes festgestellt.“

Abstimmungsergebnis:

9 / 0 / 0

10. Stadt Braunschweig, Betrieb gewerblicher Art 17-05840
- Verpachtung Stadion -
Eintracht Stadion, Hamburger Straße in Braunschweig
Erweiterung und Erneuerung der Flutlichtanlage
für den Erstligabetrieb
Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss

Auf Nachfrage von Ratsherrn Sommerfeld begründet Stadtbaurat Leuer die Aufrüstung der Flutlichtanlage auch für die Anforderungen des Erstligabetriebs und erläutert die technischen Zusammenhänge. Es handele sich insbesondere um eine Gesamtmaßnahme, die nicht sinnvoll getrennt und ggf. später ergänzt werden könne. Zudem müsse davon ausgegangen werden, dass im Zuge der Angleichung der Übertragungstechnik auch die Anforderungen an das Leuchtniveau für den Zweitligabetrieb künftig steigen.

Beschluss:

„Dem o. a. Vorhaben wird gemäß den Plänen vom 17.11.2017 zugestimmt.“

Die Gesamtkosten der Erweiterung und Erneuerung der Flutlichtanlage zur Schaffung der Voraussetzungen für den Erstligabetrieb werden auf Grundlage der Kostenberechnung vom 17.11.2017 auf insgesamt 1.400.000 € einschließlich der Eigenleistung des Fachbereichs Hochbau und Gebäudemanagement und eines Zuschlags für Unvorhergesehenes festgestellt.“

Abstimmungsergebnis:

9 / 0 / 0

11. Kostenfeststellung Projekt "Neubau Hoheworthbrücke"

17-05932

Herr Benscheidt stellt die im Vergleich zur Hennebergerbrücke vorgenommenen gestalterischen Änderungen am Geländer und an der Beleuchtung dar.

Beschluss:

„Die Kosten für das Projekt „Neubau Hoheworthbrücke“ werden auf 975.000 € brutto festgestellt.“

Abstimmungsergebnis:

9 / 0 / 0

12. GS Altmühlstraße, Altmühlstraße 21, 38120 Braunschweig 17-05220
Brandschutzmaßnahmen zur Herstellung baulicher Rettungswege
Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss

Stadtbaurat Leuer erklärt, dass Herr Dr. Wiegel für den Behindertenbeirat darauf hingewiesen habe, dass die Rettungswege entsprechend der DIN-Vorschriften nicht nur für mobilitäts-, sondern auch für seh- und höreingeschränkte Personen hergerichtet werden müssen. Dies werde die Verwaltung im Folgenden prüfen, planerisch aufbereiten und das Erforderliche in Ergänzung der hier vorliegenden Maßnahmen veranlassen. Sofern der gegebene Kostenrahmen hierfür nicht ausreichend sein sollte, werde der Bauausschuss erneut befasst. Unabhängig hiervon empfiehlt Stadtbaurat Leuer eine heutige Beschlussfassung der Vorlage, damit das Projekt fortgeführt und zeitnah umgesetzt werden könne.

Herr Dr. Wiegel erklärt sich für den vorliegenden Fall mit diesem Vorgehen einverstanden. Für die Zukunft bittet er darum, dass in Abstimmung mit der Feuerwehr ein generelles Kon-

zept bzgl. der Rettung von Menschen mit Behinderungen, insbesondere im Hinblick auf die Rettungswege für sensorisch und anders eingeschränkte Menschen, erarbeitet werde, das bei den weiteren Vorlagen entsprechende Berücksichtigung finde.

Beschluss:

„Dem o. a. Vorhaben wird gemäß den Plänen vom 25.09.2017 zugestimmt.

Die Gesamtkosten einschließlich der Eigenleistung des Fachbereichs Hochbau und Gebäudemanagement und eines Zuschlags für Unvorhergesehenes werden aufgrund der Kostenberechnung vom 25.09.2017 auf 1.645.000 € festgestellt.“

Abstimmungsergebnis:

9 / 0 / 0

13. Anfragen

13.1. Umgang mit neuem Baurecht

17-05904

Ratsherr Kühn bringt die Anfrage der SPD-Fraktion ein.

13.1.1.Umgang mit neuem Baurecht

17-05904-01

Stadtbaudirektor Leuer beantwortet die Anfrage der SPD-Fraktion.

Ratsherr Rosenbaum fragt nach der VOB-Gewährleistungsfrist.

Stadtbaudirektor Leuer erklärt, dass diese im Regelfall 5 Jahre betrage; bei einzelnen Gewerken, insbesondere im Technik-Bereich, könne sie auch kürzer sein.

Die Stellungnahme 17-05904-01 wird zur Kenntnis genommen.

13.2. Straßenbeleuchtung in Braunschweig

17-05908

Ratsfrau Jalyschko bringt die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ein.

13.2.1.Straßenbeleuchtung in Braunschweig

17-05908-01

Herr Benscheidt beantwortet die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Die Stellungnahme 17-05908-01 wird zur Kenntnis genommen.

13.3. Mündliche Anfragen

13.3.1 Bürgermitglied Steinert berichtet, dass auf der Baustelle für den Neubau am Städtischen Klinikum rund um die Uhr das Licht brenne und fragt nach dem Grund hierfür. Er fragt weiterhin, warum dort keine Bautätigkeiten erfolgten.

Stadtbaudirektor Leuer verweist hierzu an das Klinikum.

Ratsherr Jordan erklärt, dass die Beleuchtung nach Auskunft des Klinikums aus Sicherheitsgründen eingeschaltet bleibe.

13.3.2 Ratsherr Kühn trägt eine mündliche Anfrage von Ratsherrn Bader vor. Es werde darum gebeten, die Straßenlaterne auf der Veltenhöfer Straße, am Fußweg zwischen Lindenstraße und Allensteinstraße / Weg zur Straßenbahnhaltestelle, einzuschalten.

Herr Benscheidt erläutert, dass die betreffende Straßenleuchte im Zuge des Ratsbeschlusses zur Haushaltskonsolidierung ausgeschaltet worden sei. Nach Prüfung der konkreten örtlichen Situation und der vorliegenden Sicherheitsbelange werde die Leuchte künftig wieder eingeschaltet. Der Stadtbezirksrat erhalte eine entsprechende Information.

13.3.3 Ratsherr Kühn trägt eine weitere mündliche Anfrage von Ratsherrn Bader vor. Danach informiere die Verwaltung die Stadtbezirksräte und den Bauausschuss offenbar nicht mehr über größere Straßenbaumaßnahmen. Als Beispiel werden die Olfermannstraße / Fasanenstraße genannt.

Herr Benscheidt stellt das mehrstufige Verfahren zur Information über Baumaßnahmen dar. Das über die Baukoordinierung abgestimmte jährliche Bauprogramm werde öffentlich bekanntgemacht und auch im Bauausschuss behandelt. Bei städtischen Straßenbauprojekten seien die Stadtbezirksräte bereits in den Planungsprozess sowie über die Beschlussfassung eingebunden. Weiterhin erfolge Öffentlichkeitsarbeit der Straßenverkehrsbehörde, z.B. im Fall von Straßensperrungen o.ä.

Bei den angeführten Maßnahmen Olfermannstraße / Fasanenstraße handele es sich um Bauprojekte der Leitungsträger. Diese seien gehalten, eigenständig über ihre Maßnahmen zu informieren. Hierauf werde man die Leitungsträger noch einmal hinweisen.

Bei der Maßnahme Olfermannstraße habe sich weiterhin erst im Rahmen der Bauabwicklung die Notwendigkeit zur Erneuerung der Fahrbahndecke ergeben. Da dies unvorhergesehenerweise und abweichend von den zugrundeliegenden Planungen eingetreten sei, habe eine Information im regulären Verfahren nicht erfolgen können. Die betroffenen Anlieger seien jedoch über die Maßnahme einschließlich deren Beitragspflichtigkeit in Kenntnis gesetzt worden.

13.3.4 Herr Benscheidt teilt zur mündlichen Anfrage von Ratsfrau Keller aus der Bauausschuss-Sitzung vom 24. Oktober 2017 mit, dass die Sperrung im Bereich Bechtsbüttel aufgrund einer Baumaßnahme des Landes im Landkreis Gifhorn erfolgte. Die Umleitungsstrecke sei mit der Stadt abgestimmt worden. Alternativmaßnahmen, wie z.B. eine Ampelregelung o.ä., seien geprüft worden, aufgrund der zu geringen Fahrbahnbreite jedoch nicht möglich gewesen. Die Information und Öffentlichkeitsarbeit zu Baumaßnahmen des Landes erfolge durch das Land selbst. Die Stadt werde diesbzgl. mit dem Land Kontakt aufnehmen.

Protokollnotiz: Bürgermitglied Steinert verlässt um 19:29 Uhr die Sitzung.

Die Sitzung endet um 19:34 Uhr.

gez. Köster
- Vorsitz -

gez. Leuer
- Stadtbaurat -

gez. Hellemann
- Schriftführung -